

Festlegungen und Beschlüsse aus der Sitzung des LJHA am 25.06.2018

Beschluss Nr. 2018-(7)–4: TOP 4e -Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung UA JHPL - zum Antrag Nr. 06/2018

Die Mitglieder sowie die temporär hinzugezogenen Expert*innen der Bereichsarbeitsgruppe die die landesweite Jugendhilfeplanung zum Themenfeld Familie begleitet, die nicht dem Landesjugendhilfeausschuss angehören, sind als Sachverständige nach §10 der Satzung des LJHA LSA zu betrachten. Sie bringen die Expertise aus ihrem Arbeitsfeld in diesen Prozess ein und ihre Mitarbeit ist für den Erfolg zwingend erforderlich.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen/ 0 Nein-Stimmen/ 0 Enthaltung

Beschluss Nr. 2018-(7)–5: TOP 5 - Jugendliche und junge Erwachsene mit Fluchterfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfe - zum Antrag 05/2018

Der Landesjugendhilfeausschuss empfiehlt für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen (UMA)

- **in allen Landkreisen/kreisfreien Städten**
 - o die verbindliche Einführung einer Gesundheitskarte.
 - o die Zusammenarbeit mit (Trauma)Therapeut*innen und psychosozialen Einrichtungen und den UMA-Einrichtungen u.a. mittels Anbieten einer regelmäßigen Sprechstunde in den Einrichtungen, zum frühzeitigen Erkennen und Intervenieren bei Traumata und deren Verfestigung.
 - o die erforderliche Unterstützung und bedarfsgerechte Bewilligung bei der Beantragung durch UMA für Hilfen nach § 41 SGB VIII zu gewährleisten.
 - o die zwingende Beteiligung von UMA am eigenen Hilfeplanverfahren.
 - o die Subsidiarität beim Einsetzen von Vormundschaften in den Empfehlungen des Jugendamtes an die Gerichte entsprechend zu berücksichtigen.
- **dem Landesschulam/ dem Bildungsministerium**
 - o ein Instrument/eine Schulfähigkeitsfeststellung einzuführen für alle jungen Menschen mit Fluchthintergrund, die auf Lernstand, Wissen, Kompetenzen und Sprachen abzielt als auch vorliegende Schulzeugnisse berücksichtigt.
 - o bei der Beschulung auf Über- bzw. Unterforderung von UMA zu achten und ggf. eine bedarfs- und kompetenzorientierte Beschulung einer altersgemäßen vorzuziehen.
 - o eine solche Stelle/Einrichtung sollte neutral und unabhängig sein, auf Grundlage eindeutiger Standards arbeiten.
 - o die Schulpflicht auch für begleitete Kinder, Jugendliche und junge Menschen ab Erstaufnahme in Sachsen-Anhalt unverzüglich umzusetzen.
- **dem MS/LJA**
 - o einheitliche Standards beim Clearingverfahren festzulegen, die u.a. posttraumatischen Belastungsstörungen erkennen/benennen und auch den Bildungsstand betrachten.
 - o Qualitätsstandards zur Ausübung von Vormundschaften (Vereinsvormünder, Amtsvormünder und ehrenamtliche Vormünder) zu entwickeln und zu verbreiten.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen/ 0 Nein-Stimmen/ 2 Enthaltung

Beschluss Nr. 2018-(7)-6: : TOP 5 - Jugendliche und junge Erwachsene mit Fluchterfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfe - zum Antrag 07/2018

Der LJHA begrüßt die bundesweite Initiative gegen die Einführung von AnKER-Zentren und schließt sich deren Position an. Das Schreiben wird der Landesregierung und den Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt zugestellt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen/ 0 Nein-Stimmen/ 1 Enthaltung